

Stadtspitze
Beschlussnummer:

Stadtrat
Drucksachen-Nr.: **212/2013**

Anfrage

Betreff: Stand der Umsetzung zur Ergänzung des bestehenden Wegweisersystems in Weimar

Anfragetext:

Im November 2010 sollte auf Initiative der NPD, mittels eines Antrages zum damaligen Volkstrauertag „auf Höhe des Einganges zum Hauptfriedhof und am Poseckschen Garten, vor dem Haupteingang des Historischen Friedhofes, jeweils ein Hinweisschild für die auf dem Friedhof befindliche Kriegsgräberstätte“ angebracht werden. Ziel war es, mittels einer vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge für solche Orte vorgesehen Beschilderung, auch im städtischen Raum einen unübersehbaren Hinweis auf diesen bedeutenden Erinnerungsort mit über 1000 Bestattungen gefallener deutscher Soldaten und ziviler Kriegsoffer, zu verankern.

Soweit durfte es unter dem allgegenwärtigen Damoklesschwert politischer Korrektheit nicht kommen. Und so beschloss der Stadtrat, getrieben von der NPD, unter missbräuchlicher Ausnutzung der Dringlichkeit, mehrheitlich einen kurzfristig eingebrachten „überfraktionellen Antrag“, zur Erweiterung des „Wegweisersystems in Weimar durch geeignete Hinweise für Gedenkstätten in Weimar“. Unter dem löblichen Leitspruch „Versöhnung, Verständigung und Frieden“ sollte eine ergänzende Beschilderung auf Orte der „Erinnerung an die Opfer der Gewaltherrschaft aller Nationen, die Toten zweier Kriege an den Fronten und in der Heimat und an die in Weimar begrabenen Soldaten aller Nationen“ hinweisen. Seit der vom Stadtrat mit dem Prädikat „dringlich“ versehenen Beauftragung der Verwaltung, in dieser Sache aktiv zu werden, sind nun über drei Jahre vergangen. Aus Anlass der diesjährigen Wiederkehr des Volkstrauertages ergeben sich für mich folgende Fragen:

- a.) Wurden bisher konkrete Maßnahmen, die in wesentlichen Teilen der artikulierten Intention des beschlossenen Antrages entsprechen, ergriffen? Zu welchen im Stadtbild sichtbaren Resultaten haben diese geführt?
- b.) Welche Bereiche der Verwaltung wurden wann mit der Planung und aktiven Umsetzung des Konzeptes zur Ergänzung der vorhandenen Beschilderung beauftragt? Bestehen dafür entsprechende Aktenbelegen? Wenn ja, diese bitte als Anlage den Antworten beifügen.
- c.) Sind bisher Erinnerungsorte für deutsche Opfer, wie das zeitweilige sowjetische Internierungslager in Oberweimar, die Kriegsgräber auf dem Hauptfriedhof oder der Ort stalinistischer Willkür und des DDR-Unrechts in der Carl-von-Ossietsky-Straße gleichberechtigt zu bestehenden Gedenkstätten beschildert worden? Bestehen analog zu den allgegenwärtigen Monumenten für die „Befreier“ inzwischen gleichwertige, öffentliche Hinweise zu ausgewählten Orten des Bombenterrors gegen die Zivilbevölkerung?
- d.) Wie bewertet eine, mit dem Offenbarungseid einer weitgehenden, dreijährigen Untätigkeit behaftete Weimarer Verwaltung, im Nachhinein die damalige Dringlichkeit? Welchen Stellenwert jenseits der Phrase, besitzt ein so wichtiges Anliegen wie „Versöhnung, Verständigung und Frieden“ bei einer solchen Vorgehensweise für die Verantwortlichen?

Anlagenverzeichnis:

DS 212/2013 - Beantwortung der Anfrage

eingereicht durch

Datum

Jan Morgenroth

06.11.2013

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis			Status
		Ja	Nein	Enthaltungen	
Stadtratssitzung	20.11.2013				beantwortete Herr Wolf

Datum, Oberbürgermeister